

PI 06/09

10.6.2009

Wechsel in der IPP-Geschäftsführung

Christina Wenninger-Mrozek tritt die Nachfolge von Dr. Karl Tichmann an

Am 1. Juli 2009 beginnt Christina Wenninger-Mrozek ihre Tätigkeit als kaufmännische Geschäftsführerin des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik (IPP) in Garching und Greifswald. Sie folgt Dr.-Ing. Karl Tichmann, der die Geschäfte des IPP seit 1996 führt und im kommenden Juli in den Ruhestand gehen wird.

Die Juristin Christina Wenninger-Mrozek, geboren 1972 in München, kennt das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik bereits gut. Seit 2000 war sie in der Verwaltung des IPP in Garching tätig, zuletzt als Leiterin der Rechts- und Patentabteilung und Assistentin des Geschäftsführers. 2006 übernahm sie in Culham/Großbritannien die Verwaltungsleitung der Close Support Unit des European Fusion Development Agreement (EFDA CSU). Die europäische Agentur koordiniert den wissenschaftlichen Betrieb der Gemeinschaftsanlage JET (Joint European Torus), an der Fusionsforscher aus ganz Europa experimentieren. Ziel der Forschungsarbeiten an JET wie am IPP ist es, ein Kraftwerk zu entwickeln, das – ähnlich wie die Sonne – aus der Verschmelzung von Atomkernen Energie gewinnt.

Ihr Vorgänger Dr.-Ing. Karl Tichmann kam nach dem Studium der Physik und Betriebswirtschaft 1977 in das IPP. Seit 1981 war er mit administrativen Aufgaben betraut, zuletzt als Verwaltungsleiter. 1992 wurde er als Geschäftsführer an das Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle, das heutige Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, berufen und betrieb dessen Gründung und Aufbau. Ende 1996 trat er als Geschäftsführer erneut in das IPP ein. Nun zählten der Aufbau des zwei Jahre zuvor gegründeten IPP-Teilinstituts in Greifswald sowie die administrative Begleitung des internationalen ITER-Prozesses zu seinen wesentlichen Aufgaben.

Isabella Milch

Anmerkung: Der Text ist abrufbar unter www.ipp.mpg.de.

Das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik ist dem von Euratom koordinierten europäischen Fusionsprogramm assoziiert, zu dem sich die Fusionslaboratorien der Europäischen Union und der Schweiz zusammengeschlossen haben.